

Erzbischöfliches Ordinariat | Postfach | 79095 Freiburg

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Erzbischöfliches Ordinariat
Hauptabteilung 5
Weltkirche, Ökumene, religiöser Dialog

Ansprechperson: Dr. Peter Birkhofer
Weihbischof

Tel. 0761 2188-210
Fax 0761 2188 76 210
weihbischof-birkhofer@ordinariat-freiburg.de

Ihr Schreiben vom:

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen: 12.10#3[1]-2020/85933

10. Dezember 2020

**Zum Tag der Menschenrechte:
Bitte um Unterstützung für ein wirkungsvolles Lieferkettengesetz**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

in den letzten Wochen und Monaten haben sich viele Kirchengemeinden und Kirchenleitungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften eingehend mit dem Lieferkettengesetz beschäftigt: Verbindliche Regelungen für den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt entlang der Lieferketten von international tätigen Firmen sind uns ein sehr wichtiges Anliegen. Wir schauen deshalb mit großer Sorge aus Baden-Württemberg nach Berlin, wo das Lieferkettengesetz aufgrund eines Konfliktes innerhalb der Bundesregierung nicht vorankommt.

Mitglieder unserer Partnerorganisationen und -kirchen in Afrika, Asien und Lateinamerika leiden unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, unter Kinderarbeit und Sklaverei, unter Umweltzerstörungen und den vielfältigen Verletzungen der grundlegender Rechte derjenigen, welche die Produkte unseres täglichen Bedarfs anbauen, herstellen oder die Rohstoffe dazu liefern.

Sie sind die schwächsten Glieder in den Lieferketten, die neu gestaltet werden müssen, um Mensch und Umwelt zu schützen, die Agenda 2030 umzusetzen und der globalen Verantwortung gerecht zu werden, die wir als wohlhabendes Industrieland haben.

Aus unserer Menschenrechtsarbeit und von unseren Partnern wissen wir, dass freiwillige Maßnahmen von Unternehmen zum Schutz der Menschenrechte in der Lieferkette nicht ausreichen. Es braucht verbindliche Regeln auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Spätestens seit Vorlage des Abschlussberichtes zum NAP-Monitoring im Oktober 2020 ist klar, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Doch seit Monaten scheitert die Vorlage von Eckpunkten für ein Lieferkettengesetz am Widerstand des Bundeswirtschaftsministeriums.

Wir sind besorgt, dass das Gesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr zustande kommt, die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag also nicht eingelöst wird.

Anfang Dezember haben sich alle EU-Mitglieder in gemeinsamen Schlussfolgerungen des EU-Rats für ein europäisches Lieferkettengesetz ausgesprochen. Es wäre wünschenswert, dass in den letzten Tagen der deutschen Ratspräsidentschaft ein deutliches Signal aus Deutschland für ein anspruchsvolles nationales Lieferkettengesetz gesendet würde.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, bitte setzen Sie sich für ein wirkungsvolles Lieferkettengesetz noch in dieser Legislaturperiode ein. Unterstützen Sie Ihre Minister Müller und Heil in ihrem Eintreten für ein Gesetz, das klare Haftungsregeln zum Schutz der Rechte von Betroffenen vorsieht und damit auch den Weg ebnet für eine wirkungsvolle europäische Lösung.

Mit freundlichen Grüßen

Weihbischof Dr. Peter Birkhofer

Bischofsvikar für Weltkirche, Schöpfung und Umwelt, Erzdiözese Freiburg

Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel

Evangelische Landeskirche Württemberg

Prälatin Gabriele Arnold

Evangelische Landeskirche Württemberg

Msgr. Dr. Heinz Detlef Stäps

Domkapitular und Leiter der Hauptabteilung Weltkirche, Diözese Rottenburg-Stuttgart

Oberkirchenrat Dr. Matthias Kreplin

Referat 1 „Verkündigung in Gemeinde und Gesellschaft“,
Evangelische Landeskirche in Baden

Claudia Duppel

Geschäftsführerin des DEAB – Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg